

# Lehren aus den Krisen: eine Gender-Perspektive<sup>1</sup>

Diane Elson

## Einleitung

In diesem Artikel reflektiere ich die Entwicklung meines theoretischen Denkens und die Herausforderungen empirischer Untermauerung von Hypothesen, die sowohl bezahlte als auch unbezahlte Arbeit miteinschließen. Um die Darstellungen der neoklassischen Theorie über die Auswirkungen der Austeritätspolitik in Frage zu stellen, da sie nur die Marktwirtschaft und bezahlte Arbeit berücksichtigte, entwickelte ich in den frühen 1990er Jahren eine feministische Kritik der Theorie, auf der die Stabilisierungs- und Strukturpolitik basierte (Elson 1991). Ich argumentierte, dass sie von »Gender Bias« geprägt war, da sie die geschlechtliche Arbeitsteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Hausarbeit, sowie die Aufteilung von Konsum und Ausgaben innerhalb der Haushalten nicht berücksichtigte. Mein Argument war, dass aufgrund von Gender-Normen bei bezahlter und unbezahlter Arbeit in vielen Ländern erzwungene Untätigkeit für Männer und Arbeitsüberlastung für Frauen das Ergebnis wäre. Bei bezahlter Arbeit verursachen Gender-Stereotype über den Besitz gewisser Eigenschaften (wie »flinke Finger«<sup>2</sup> und »muskulöse Arme«) Barrieren für die Umverteilung von Arbeit quer über Berufe und Sektoren. Geschlechtsspezifische kulturelle Normen von »Männerarbeit« und »Frauenarbeit« bedeuten, dass die Arbeit von Männern meist nicht zu »Frauenarbeit« umverteilt wird, wenn als »Männerarbeit« betrachtete Arbeit zurückgeht und »Frauenarbeit« ansteigt. Männer, die im Zuge der Kürzung öffentlicher Ausgaben ihren Job in der Bauindustrie verlieren, finden wahrscheinlich keine neuen Jobs in exportorientierten Bekleidungs- und Elektronikfabriken. Stattdessen werden Frauen durch Armut im Haushalt dazu gedrängt, jeden verfügbaren Job in diesen Sektoren, in denen Arbeitgeber typischerweise versuchen Frauen zu rekrutieren, anzunehmen.

Nachfolgende empirische Studien mit Daten von Arbeitskräfteerhebungen kamen zum Ergebnis, dass der Einstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt in den 1980er und frühen 1990er Jahren von Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen beschleunigt wurde (Çağatay/Ozler 1995). Aber die Daten weisen auch darauf hin, dass die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen dieser Jobs nicht mit jenen von Männern vergleichbar waren (Elson 1996). Diese Beschleunigung ist, zumindest teilweise, auf »Notverkäufe« zurückzuführen, da Frauen nach dem Verlust der Arbeit der Männer dazu gezwungen wurden, Defizite im Haushaltseinkommen auszugleichen. Neben dem Einstieg in die exportorientierte Industrie gingen Frauen auch vermehrt in den informellen Dienstleistungssektor, beispielsweise verkauften sie zu Hause gekochtes Essen in Straßenbuden.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die neoklassische ökonomische Theorie – wie beispielsweise verkörpert in Lal (1984), auf der die Austeritätspolitik der 1980er aufbaut, nicht berücksichtigt, dass Ökonomien sowohl auf bezahlter als auch auf unbezahlter Arbeit aufbauen. Die Theorie behandelt Arbeit implizit als nicht-produziertes Produktionsmittel anstatt Arbeit als ein Produktionsmittel anzusehen, das

täglich und Generationen übergreifend durch unbezahlte Arbeit wie Kochen, Putzen, Betreuung von Kindern, Kranken und Alten, und Wasser- und Holzholen an Orten ohne Wasserleitungen und Elektrizität, produziert wird. In der Praxis ist diese unbezahlte Arbeit großteils »Frauenarbeit«. Stabilisierungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen vergrößern diese unbezahlte Arbeit insofern, als dass sie zu Kürzungen der öffentlichen Ausgaben führen, die zu einer Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen führen. Beispielsweise führen Budgetkürzungen bei der Instandhaltung der Wasserversorgung tendenziell dazu, dass kaputte Wasserpumpen und undichte Leitungen nicht repariert werden und Frauen somit weitere Wege zurücklegen müssen, um Wasser zu beschaffen. Eine Abwertung der Währung und die Abschaffung von Subventionen führt tendenziell zu einem Preisanstieg von Nahrungsmitteln. Frauen wenden daher tendenziell mehr Zeit auf, um Sonderangebote zu suchen und billiger einzukaufen. Sie kaufen auch billigere, weniger verarbeitete Lebensmittel, die mehr Zeit beim Kochen benötigen. Einsparungen beim Budget für Spitäler führt dazu, dass Verwandte in Anspruch genommen werden, um den Patienten Essen und saubere Leintüchern zu bringen und im Spital die nicht-medizinische Versorgung für die Patienten zu leisten.

Diese Auswirkungen auf unbezahlte Hausarbeit zu ignorieren ist gleichbedeutend mit der Annahme, dass die Kapazität von Frauen, zusätzliche Arbeit zu übernehmen, unendlich elastisch ist, so sehr dehnbar, dass Frauen jegliche Lücke bei Einkommen und Ressourcen, die für die Produktion und Erhaltung von Arbeit notwendig sind, ausgleichen können. Die Belastbarkeit von Frauen ist jedoch nicht unendlich elastisch und die Belastungsgrenze kann erreicht werden. Es könnte einfach nicht genug Frauenarbeitszeit zur Verfügung stehen, um die Qualität und Quantität der Humanressourcen auf dem derzeitigen Level aufrecht zu erhalten, was zu einer Verschlechterung in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bildung führt.

Man könnte argumentieren, dass dies durch Änderungen des Konsumverhaltens der Haushalte vermieden werden könnte: beispielsweise könnten die Ausgaben für Nahrungsmittel ohne zusätzlichen Einkaufs- und Zubereitungsaufwand stabil bleiben, wenn die Haushalte weniger für Alkohol, Tabak und Freizeitaktivitäten ausgeben. Allerdings argumentierte ich, dass die Ressourcenallokation im Haushalt geschlechtsspezifisch aufgeteilt ist. Nicht alle Ressourcen werden zusammengelegt und geteilt; in einer Vielzahl von Studien hat sich gezeigt, dass Männer einen Teil des Einkommens zurückbehalten, um Alkohol, Tabak und Freizeitaktivitäten zu finanzieren, und sie waren unwillig, dies zu ändern (siehe beispielsweise Dwyer/Bruce 1988). Diese Gender-Normen verhindern die Umverteilung von Ausgaben, um die Nahrungsversorgung im Haushalt ohne zusätzliche Anforderungen an unbezahlte Arbeit aufrechtzuerhalten. Frauen mit niedrigem Einkommen waren vielerorts besonders benachteiligt, hauptsächlich weil Frauen versuchen mussten, ein *Safety Net of Last Resort* – letztes Sicherheitsnetz – zu bieten, um ihre Familien gegen die negativen Schocks der Schuldenkrise und der Austeritätspolitik zu schützen.

### **Bias in makroökonomischer Politik**

Es ist offensichtlich, dass makroökonomische Politik Gender-Normen ignoriert und daher Frauen gegenüber einen Bias bzw. eine Schiefelage beinhaltet. In Arbeiten mit Nilufer Çağatay habe ich meine Analyse dieser Schieflagen weiter ausgeführt. Wir

argumentierten, dass konventioneller Makropolitik drei Schief lagen in sich tragen: »Deflationary Bias«, »Male-Breadwinner Bias«, und »Commodification or Privatization Bias« (Elson/Çağatay 2000). Diese Schief lagen wirken auf eine Art und Weise zusammen, die Frauen besonders benachteiligt.

*Deflationary Bias* bezieht sich auf makroökonomische Politik, die Beschäftigung und BIP-Wachstum unter ihrem Potential halten. Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts war Vollbeschäftigung nicht mehr das Ziel der makroökonomischen Politik in vielen Ländern. Anstatt dessen lag der Fokus einzig auf Finanzvariablen wie Inflation, Haushaltsdefizit, und Staatsschuldenquote. Um Gender-Gerechtigkeit auf eine Art und Weise zu erreichen, die nach oben statt nach unten angeleitet, braucht es eine größere Anzahl von guten Arbeitsplätzen sowie einen verbesserten Zugang zu diesen für Frauen.

*Male-Breadwinner Bias* verweist Frauen in die Rolle der zweitrangigen Arbeitskräfte mit weniger Rechten, auch dann, wenn sie einen großen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten. Er schließt Frauen von vielen staatlichen Sozialleistungen aus, mit der Ausnahme als Angehörige von Männern. Es gibt Belege für den *Male-Breadwinner Bias* bei den Reaktionen Südkoreas auf die Asienkrise 1997 (Elson 2002). Beispielsweise klagten einige südkoreanische Frauen Firmen wegen ungerechtfertigter Kündigung, da sie verheiratete Frauen unter Druck gesetzt hatten, ihren Job zu verlassen, in manchen Fällen mittels Drohungen gegen ihre Ehemänner, dass diese ihren Job bei derselben Firma verlieren könnten (Lee 2010).

*Commodification oder Privatization Bias* entsteht aus dem Glauben, dass der private Sektor beim Bereitstellen von Dienstleistungen, Infrastruktur und Sozialleistungen immer effektiver als der öffentliche Sektor ist. Elson/Çağatay (2000) wiesen auf den Ersatz von Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen durch markt-basierte, individualisierte Ansprüche für diejenigen, die es sich leisten können, hin: private Pensionen, private Krankenversicherungen, private Krankenhäuser, Privatschulen, private Seniorenheime, private Kinder- und Seniorenbetreuung, privatisierte Versorgungsunternehmen, die Marktpreise für Strom und Verkehrsmittel verlangen. Diese Privatisierung führt tendenziell dazu, dass diejenigen, die sich die Kosten nicht leisten können, nicht in den Genuss von Ressourcen kommen, die sie gegen Marktrisiken abschirmen. Anstelle einer Zusammenlegung und Teilung von Risiken und Ressourcen, mit Spielraum für die Solidarität durch Quersubventionen, gibt es separate Versicherungen für bestimmte Eventualitäten. Dieser Bias wurde dadurch intensiviert, dass das Erbringen von Dienstleistungen in den privaten Sektor ausgelagert wurde: Dienstleistungen werden durch den öffentlichen Haushalt finanziert, aber von profitorientierten Unternehmen erbracht.

Diese drei Bias verstärken sich gegenseitig:

*If the advice given to the Central Bank and the Ministry of Finance gives priority to maintaining short-run »credibility« with financial institutions ... deflationary bias and commodification bias will be reinforced. ... there will inevitably be pressure on women to act as provisioners of last resort ... male breadwinner bias will also be reinforced. (Elson/Çağatay 2000: 1357)*

Diese Analyse von Bias in politischen Maßnahmen wurde von Young, Bakker und Elson (2011) um den *Risk Bias* und *Creditor Bias* erweitert. *Risk Bias* ist in Maßnahmen präsent, die das Ausmaß der Bündelung von Risiken und Risikoschutz-

maßnahmen reduzieren und stattdessen Risiken individualisieren. Schubert und Young (2011) argumentieren, dass die ökonomischen Institutionen, auch staatliche, geschlechtsspezifische Annahmen über Risiko in sich tragen. Mit geringen oder keinen Ersparnissen und begrenztem Eigentum an Realvermögen sind Frauen von der Individualisierung von Risiken besonders negativ betroffen. Sie werden oft als riskantere KreditnehmerInnen als Männer angesehen und oft formal Kreditbereichen zugeteilt, die vergleichsweise größere Summen zu schlechteren Konditionen als jene, die Männern offen stehen, leihen. Hier stoßen Frauen auf den *Creditor Bias* im Finanzsystem (Young 2010). Die zunehmende Macht des Finanzkapitals auf globaler Ebene hat dazu geführt, dass das Verhältnis zwischen SchuldnerIn und GläubigerIn höchst asymmetrisch wurde. Wenn Frauen ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen können, werden ihnen ihre Häuser weggenommen. Wenn wichtige Kreditinstitute, wie große Banken, in Schwierigkeiten geraten, werden sie gerettet.

Alle diese fünf Bias wurden durch die globale Finanzkrise und die darauf folgenden Austeritätsprogramme verstärkt, wie im Folgenden argumentiert wird.

### **Gender Analyse der globalen Finanzkrise: Finanzwirtschaft, Produktion und Reproduktion**

Um die Bildung, die Auswirkungen und die unmittelbare Reaktion auf die Krise in Industrie- und Entwicklungsländern zu analysieren, entwickelte ich einen theoretischen Rahmen, der den Schwerpunkt auf das geschlechtsspezifisch strukturierte globale Zusammenspiel der Finanz-, Produktions- und Reproduktionssphären legt (Elson 2010)<sup>3</sup>. Ich argumentierte, dass die Krise von einem Wirtschaftssystem hergebracht wurde, indem das Finanzsystem die Dominanz über Produktion und Reproduktion erlangte; und indem die *safety nets of last resort*, die *letzten Sicherheitsnetze*, von unbezahlter Arbeit in der Reproduktionssphäre zur Verfügung gestellt werden.

Die Finanzsphäre inkludiert profitorientierte Geschäfts- und Investmentbanken, Versicherungen, Hedgefonds usw. und ihre Regulierungsbehörden, einschließlich Zentralbanken und Finanzministerien. Zusätzlich zu diesen »formalen« Institutionen gibt es auch »informelle« Kreditgeber wie Pfandhäuser, Straßenhändler, Vermieter, Händler usw. Neben diesen profitorientierten Institutionen gibt es gesellschaftlich nützliche Institutionen wie Sparkassen und -vereine oder genossenschaftliche Spar- und Kreditinstitute, geförderte Mikrokredite und Staatsbanken.

In der Produktionssphäre werden Waren und Dienstleistungen für den Verkauf hergestellt, beispielsweise durch Arbeit in Landwirtschaft, Bergbau, Konstruktion, Groß- und Einzelhandel, sowie Dienstleistungsangebote für die Freizeit. Diese Sphäre inkludiert sowohl formale wie auch informelle Erwerbsarbeit; Leute arbeiten als Angestellte, als Selbständige, und als Familienmitarbeiter in kleinen Bauernhöfen und Unternehmen.

Die Reproduktionssphäre ist eine nicht vom Markt bestimmte Sphäre der Versorgung, in der Leistungen erbracht werden, die sich *direkt* mit der täglichen und generationenübergreifenden Reproduktion von Personen als Menschen befassen, besonders durch ihre Pflege, Sozialisierung und Erziehung. Sie beinhaltet unbezahlte Arbeit in Familien und Gemeinden, organisierte unbezahlte Freiwilligenarbeit, und bezahlte (aber nicht profitorientierte) Arbeit in öffentlichen Diensten wie Gesund-

heits- und Bildungswesen. In dieser Sphäre wird die für das menschliche Wohlergehen notwendige Versorgung und Fürsorge – *Care* – geschaffen.

Alle drei Sphären sind international durch internationale Finanzmärkte, internationale Direktinvestitionen, internationale Entwicklungshilfe, internationalen Handel, internationale Migration, internationale Informationsflüsse und internationale Netzwerke miteinander verbunden. Die Sphären werden durch diese Verbindungen koordiniert. Aber die Koordination ist bei weitem nicht perfekt, und es gibt häufig Brüche und Krisen.

Alle drei Bereiche wirtschaftlicher Aktivitäten haben einen Genderspezifischen Gehalt sowohl in der Art, wie Männer und Frauen repräsentiert sind, als auch in den Normen, die ihren Ablauf strukturieren. Es gibt geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen und Entscheidungsprozesse, sodass Männer und Frauen nicht zufällig über diese Sphären verteilt sind. Während Männer und Frauen in allen drei Sektoren arbeiten, ist die Arbeitszeit von Frauen in allen Ländern überproportional in der Reproduktionssphäre konzentriert. In der Produktion sind Männer und Frauen tendenziell in verschiedenen Berufen in verschiedenen Industrien konzentriert. Normen, die besagen, dass die HauptverdienerInnen im Haushalt Männer und die HauptbetreuerInnen Frauen sind, sind in den meisten Ländern stark vertreten, obwohl in der Praxis die Einkommen der Frauen unerlässlich sind, um die Familien vor der Armut zu bewahren.

So sind die Institutionen einer Volkswirtschaft Träger von Gender. Dies wird oft als »natürliche« Folge von angeborenen Unterschieden zwischen Frauen und Männern und den unterschiedlichen Entscheidungen, die sie deswegen treffen, angesehen. Aber FeministInnen stellen das in Frage und verweisen darauf, wie Entscheidungen geformt und Unterschiede geschaffen werden. Doch Gender-Normen sind nicht in Stein gemeißelt. In einer Krise können bestehende Gender-Normen verstärkt werden; oder sie können abgebaut werden, mit einzelnen Männern, die Rollen übernehmen, die normalerweise Frauen zugewiesen werden, und umgekehrt. Oder sie können durch bewusste kollektive Maßnahmen zur Überwindung von Geschlechterstereotypen durch zivilgesellschaftliche Gruppen oder durch Regierungen transformiert werden.

### **Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Krise in der Produktionssphäre**

Wenn man Industriestaaten als Ganzes betrachtet, so ist der Gender Gap bei der Arbeitslosenrate geringer geworden, da die Arbeitslosigkeit von Männern schneller als jene von Frauen gestiegen ist: die Arbeitslosenrate von Männern nahm um 1,1 Prozentpunkte zwischen 2007 und 2008 zu, jene von Frauen im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozentpunkte (ILO 2009: 20). In der Europäischen Union verschwand der Gender Gap bei der Arbeitslosigkeit beinahe (Bettio/Verashchagina, 2011). Frauen waren durch die sektorenspezifischen Auswirkungen der Krise, die die männlich dominierte Industrie und das Baugewerbe viel stärker trafen als weiblich dominierte Dienstleistungen, relativ geschützt. Es ist erwähnenswert, dass die von vielen Industrieländern eingeführten Konjunkturpakete einen starken Schwerpunkt auf diese männlich dominierten Sektoren legen, besonders auf Autos und Straßen. Es gab in US-amerikanischen und britischen Zeitungen Berichte darüber, dass die Rezession in Wirklichkeit eine »*mancession*« sei, und Spekulationen über den Anstieg von »*female breadwinners*« (siehe beispielsweise Qureshi 2009).

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Produktion und Beschäftigung in Entwicklungsländern kamen über sinkende Nachfrage nach Exporten, was zu sinkender Produktion, Beschäftigung und zu sinkenden Gewinnen im Exportsektor führte. Dies wiederum führte zu einer sinkenden Nachfrage nach Produkten, die für den Binnenmarkt bestimmt waren; und zu einem weiteren Verlust von Beschäftigung und Einkommen. Der geschlechtsspezifische Effekt war davon abhängig, in welchem Maße sich der Exportsektor stark auf weibliche Beschäftigung stützt, was der Fall ist, wenn die Bekleidungsindustrie wichtig ist, oder ob hauptsächlich Männer beschäftigt sind, wie im Bergbau. Im ersten Fall betraf der Verlust von Arbeitsplätzen, Einkommen und Rechten Frauen stärker als Männer; im letzteren Fall betraf der Verlust von Arbeitsplätzen, Einkommen und Rechten Männer stärker als Frauen. (ILO/ADB 2011; Elson 2011).

### **Die Auswirkungen der Finanzkrise in der Reproduktionssphäre**

Hinderlich für das Verständnis der Auswirkungen der Finanzkrise in der Reproduktionssphäre sind nach wie vor ein Mangel an regelmäßigen Zeitbudgeterhebungen und Untersuchungen zur Intrahaushaltsverteilung, die die Verteilung von Ressourcen innerhalb der Haushalte offenlegen. In den USA und Großbritannien gab es Zeitungsberichte darüber, dass einige Männer, die ihre Jobs verloren hatten, einen größeren Teil der unbezahlten Betreuung und Pflege von Kinder und betagten Eltern übernahmen, besonders wenn ihre Ehefrauen ihren Job nicht verloren hatten (Rampell 2009; Wylie 2009). Doch zunächst scheint es berechtigt, anzunehmen, dass in Industrieländern der Sozialstaat das wichtigste Sicherheitsnetz ist.

In Entwicklungsländern können solche Annahmen nicht getroffen werden und es wurden deshalb, einige schnelle, auf Untersuchungen vor Ort basierende Beurteilungen getroffen. Beispielsweise fand eine Studie von informell Beschäftigten in 10 Städten heraus, dass viele von ihnen die unbezahlte Produktion zu Hause erhöhten. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Krise die städtischen informellen ArbeiterInnen weiter in die Armut gedrängt hatte und wahrscheinlich langfristige nachteilige Folgen für sie und ihre Familien haben werden (Horn 2011).

### **Fazit: In Richtung krisenfreie und Gender-gerechte Wirtschaftssysteme**

Die oben besprochenen Krisen sind auf die Dominanz des Finanzwesens über Produktion und Reproduktion zurückzuführen. Es wird deutlich, dass wir uns nicht nur auf Gender-Gerechtigkeit in der Produktionssphäre konzentrieren können. Die Sicherung einer nachhaltigen krisenfreien Gender-gerechten Weltwirtschaft benötigt eine fundamentale Neuordnung der Verbindungen zwischen den drei Sphären, damit das Finanzsystem und die Produktion den Bedürfnissen der Reproduktion dienen, jener Sphäre, in der Menschen die für das Wohlergehen notwendige Versorgung und Fürsorge – *Care* – geboten wird. Die fünf oben identifizierten Bias bzw. Schief lagen müssen beseitigt werden und ökonomisches Denken muss unbezahlte Arbeit und Gender-Normen berücksichtigen. FeministInnen müssen sich mit Financial Governance, Geld- und Finanzpolitik, sowie Strukturpolitiken in Produktion und Konsum auseinandersetzen<sup>4</sup>.

Progressive ÖkonomInnen haben Vorschläge zur Verbesserung der Regulierung des Finanzsektors unterbreitet, einschließlich der Trennung von Geschäftsbanken, die Haushalte und kleine Unternehmen bedienen, von riskanteren Aktivitäten für

größere Unternehmen und den Finanzsektor (Jolly et al. 2012: 48ff.). Solche Maßnahmen würden dabei helfen, den *Risk Bias* und *Creditor Bias* zu reduzieren. Aber es ist auch notwendig, die Eigentümerstrukturen von Banken zu hinterfragen und zu ändern, um Banken zu schaffen, die beiderseitigen Vorteil von EinlegerInnen und KreditnehmerInnen handeln und nicht für den Profit von AktionärInnen und Führungskräften. Solche Banken hatten in manchen Ländern vor der Liberalisierung der Finanzmärkte gute Erfolge, und in manchen existieren sie weiterhin. Mehr Genossenschaftsbanken sollen ermutigt werden, und natürlich müssen sie so betrieben werden, dass sie Frauen gleichberechtigten Zugang zu Einlagen und Krediten geben. Für langfristige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und für die Entwicklung neuer ökologisch nachhaltiger Produktion werden öffentliche Investitionsbanken benötigt.

Außerdem sollen Zentralbanken die Art und Weise, wie sie arbeiten, ändern, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und nicht nur sehr niedrige Inflationsraten zu bewahren. Zu diesem Zweck müssen Zentralbanken explizite Ziele für die Schaffung von Arbeitsplätzen ebenso wie für die Inflationskontrolle setzen und die expansive Geldpolitik, die viele von ihnen sofort nach der Finanzkrise einführten, aufrechterhalten, bis ihre Volkswirtschaften auf dem Weg zur nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen sind (Seguino 2011). Das wird dabei helfen, den *Deflationary Bias* zu beenden.

Um ein gesellschaftlich nützlich Bankwesen zu ermöglichen und um stabile Bedingungen für die Schaffung von *angemessener Arbeit* zu schaffen, ist es wichtig, die Volatilität der Finanzströme zu reduzieren. Regierungen können Kapitalkontrollen einführen bzw. den Zu- und Abfluss von kurzfristigen spekulativen Mitteln verhindern. Malaysia hat dies in der Asienkrise 1997 gemacht und war aufgrund dessen eines der ersten Länder, das sich von dieser Krise erholt hat (Seguino 2011). Brasilien begann einen ähnlichen Kurs nach der Krise 2007/8. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass der IWF seine Politik ändert und solche Schritte unterstützt, anstatt Länder zu ermutigen, größere Reserven in Fremdwährung zu halten, um Volatilitätsperioden zu überbrücken. Zusätzlich muss die globale Governance des Finanzsektors reformiert werden, wie auch von der Stiglitz-Kommission dargelegt (UN 2009). Das schließt auch eine Reform der Governance von IWF und Weltbank ein, ebenso wie die Schaffung von Methoden für geordnete Insolvenz und Restrukturierung von Staatsschulden (Jolly et al. 2012: 52ff.).

Als Ergänzung zu den Änderungen bei der Regulierung und Eigentumsverhältnisse von Finanzmärkten und -institutionen, in der Geldpolitik und in der globalen Financial Governance müssen wir eine faire Besteuerung und gerechte öffentliche Ausgabenstrukturen haben. Forscherinnen, Aktivistinnen und Parlamentarierinnen haben seit dem Aufruf der Pekinger Aktionsplattform 1995 für Gender Budgeting viel getan, um öffentliche Budgets zu transformieren. Dabei gab es einige Erfolge, Frauen mehr Stimme zu geben und die öffentlichen Finanzen auf die Bekämpfung von Frauenarmut und die Verbesserung der Gender-Gerechtigkeit, vor allem auf lokaler Ebene, auszurichten. Doch mit wenigen Ausnahmen, wie die Arbeit der UK Women's Budget Group (2010), hat sich Gender Budgeting noch nicht in vollem Umfang mit makroökonomischen Wirkungen von Budgets auf nationaler Ebene beschäftigt; mit den Fragen, wie Steuersysteme gerecht reformiert werden können, um mehr Einnahmen zu generieren, wie hoch öffentliche Ausgaben sein sollen und wie

weit öffentliche Dienstleistungen ausgelagert und privatisiert werden sollen; und wann Fiskalpolitik expansiv und wann restriktiv sein sollte.

Steuern müssen in Bezug auf Gender und Klasse fair sein, ebenso wie in Bezug auf die relativen Beiträge von Haushalten und Einzelpersonen einerseits und von Unternehmen und Banken andererseits. Weltweit gab es Verschiebungen bezüglich der Beiträge zum Steueraufkommen: Unternehmen und Banken, besonders die großen, zahlen immer geringere Anteile und nutzen Steueroasen aus. Viele Regierungen haben nicht genug Steuereinnahmen und es gibt ein dringendes Bedürfnis danach, Steuervermeidung und -hinterziehung zu unterbinden. Anstatt für Steuererleichterungen für Unternehmen von Frauen einzutreten, müssen FeministInnen ihre Stimmen in den aufkommenden Kampagnen für Steuergerechtigkeit erheben, um die Einnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zu erhöhen, auch durch eine Finanztransaktionssteuer (Seguino 2011: 41).

Viele KritikerInnen der Austeritätspolitik fordern eine expansivere Fiskalpolitik, mit einem Schwerpunkt auf der Wiederherstellung und Steigerung des Wirtschaftswachstums. Aber das Wachstum der letzten 30 Jahre war extrem ungerecht. Es erodierte gesellschaftliche Solidarität und führte zu einer Verschlechterung der Umwelt. Wirtschaftswachstum an sich ist daher nicht die Antwort. Es ist wichtig, welche Art von Output steigt. Im Rahmen alternativer Pläne für eine Erholung in Westeuropa haben Ruth Pearson und ich für Investitionen in die soziale Infrastruktur, besonders in Pflegedienste, argumentiert (Jolly et al. 2012: 29ff.). Wir müssen neu überdenken, welche Produkte und Dienstleistungen wir produzieren und konsumieren wollen und welche Kriterien wir verwenden werden, um wirtschaftlichen Erfolg zu messen. Maßnahmen zur Beendigung von Krisen werden nicht nachhaltig sein, wenn sie nur Wachstum und Gier wiederherstellen wollen.

## Literatur

- Bettio, F./ Verashchagina, A. (2011) Crisis and recovery in Europe: Labour market impact on men and women, Konferenzpräsentation, Conference on Women, gender equality and economic crisis, Panteion University, Athen, Dezember 2011.
- Çağatay, N./ Ozler, S. (1995) Feminization of the labor force: The effects of long-term development and structural adjustment, in: *World Development*, 23 (11), 1883-1894.
- Chrisafis, A. (2011) Struggling couples fall back on family ties, in: *The Guardian*, 3. August 2011.
- Dwyer, D./ Bruce, D. (Hg.) (1988) *A Home Divided: Women and Income in the Third World*, Stanford: Stanford University Press.
- Elson, D./ Pearson, R. (1981) Nimble Fingers Make Cheap Workers: An Analysis of Women's Employment in Third World Export Manufacturing, in: *Feminist Review*, Spring, 87-107.
- Elson, D. (1991) *Male Bias in the Development Process*, Manchester, Manchester University Press.
- Elson, D. (1996) Appraising Recent Developments in the World Market for Nimble Fingers: Accumulation, Regulation, Organisation, in: A. Chhachhi/R. Pittin (Hg.) *Confronting State, Capital, and Patriarchy: Women Organising in the Process of Industrialisation*, London, Macmillan.
- Elson, D. (1998) The economic, the political and the domestic: businesses, states and households in the organisation of production, in: *New Political Economy*, 3 (2), 189-208.
- Elson, D./ Çağatay, N. (2000) The Social Content of Macroeconomic Policies, in: *World Development*, 28 (7), 1347-1364.

- Elson, D. (2002) The International Financial Architecture-A View from the Kitchen, in: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 11. Jg, Heft 1.
- Elson, D. (2010) Gender and the global economic crisis in developing countries: a framework for analysis, in: *Gender and Development*, 18 (2), 201-212.
- Horn, Z. (2011) The effects of the global economic crisis on women in the informal economy; research findings from WIEGO and Inclusive Cities partners, in: R. Pearson/ C. Sweetman (Hg.) *Gender and the Economic Crisis*, Rugby, Practical Action Publishing and Oxford, Oxfam.
- International Labour Office (ILO) (2009) *Global Employment Trends for Women*, Geneva.
- ILO/ Asian Development Bank (2011) *Women and the Labour Market in Asia: rebalancing for gender equality*, Bangkok.
- Jolly, R./ Cornia, G./ Elson, D./ Fortin, C./ Griffith-Jones, S./ Helleiner, G./ Hoeven, van der R./ Kaplinsky, R./ Morgan, R./ Ortiz, I./ Pearson, R./ Stewart, F. (2012) *Be Outraged: There are Alternatives*.
- Lal, D. (1984) *The real effects of stabilization and structural adjustment policies*, World Bank Staff Working Papers No. 636, Washington DC.
- Lee, J.-Y. (2010) *Restructuring women's employment in South Korea, 1997–2005: the role of the state and NGOs*, unveröffentlichte PhD Thesis, Department of Sociology, University of Essex.
- Qureshi, H. (2009) *New female breadwinners*, in: *The Guardian*, 24. Oktober 2009.
- Rampell, C. (2009) *As Layoffs Surge, Women May Pass Men in Job Force*, in: *The New York Times*, 6. Februar 2009.
- Schubert, H./ Young, B. (2011) *The Role of Gender in the Governance of the Financial Sector*, in: Young, B./ Bakker, I./ Elson, D. (Hg.) (2011) *Financial Governance from a Feminist Perspective*, London, Routledge.
- Sequino, S. (2011) »Rebooting« is Not an Option: Toward Equitable Social and Economic Development, in: Jain, D./ Elson, D. (Hg.) *Harvesting Feminist Knowledge for Public Policy*, New Delhi, Sage.
- UK Women's Budget Group (2010) *The Impact on Women of the Coalition Spending Review 2010*, London.
- UN (2009) *Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System*, New York.
- Wylie, I. (2009) *Redundancy: How to restore balance*, in: *The Guardian*, 26 September 2009.
- Young, B./ Bakker, I./ Elson, D. (Hg.) (2011) *Financial Governance from a Feminist Perspective*, Introduction, London, Routledge.
- Young, B. (2010) *The Gendered Dimension of Money, Finance and the Subprime Crisis*, in: C. Bauhardt/ G. Caglar (Hg.) *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaft.

## Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel ist eine adaptierte Version von »Economic Crises from the 1980s to the 2010s: A Gender Analysis«, veröffentlicht in »New frontiers in feminist political economy« (Hg. Shirin M. Rai und Georgina Waylen), 2013 Routledge, Bearbeitung und Übersetzung: Anna Nessmann und die Herausgeberinnen
- 2 »Flinke Finger«, engl. »nimble fingers« wurde von Elson und Pearson, 1981 in das »Development Lexicon« eingeführt.
- 3 Ich habe auf früheren Arbeiten aufgebaut, in denen ich ein Bild von multisektoriellen Volkswirtschaften, die sowohl bezahlte als auch unbezahlte Arbeit inkludieren, entworfen habe (Elson, 1998).
- 4 Dabei können FeministInnen es ergiebig finden, mit anderen progressive ÖkonomInnen zusammenarbeiten, wie Ruth Pearson und ich es getan haben, indem wir Alternativen für Westeuropa vorgeschlagen haben (siehe Jolly et al. 2012).